

1517/J

der Abgeordneten Ing. Nußbaumer
und Kollegen
an den Bundeskanzler
betreffend geplanter Eintritt Österreichs in die dritte Stufe der Wirtschafts- und
Währungsunion am 01.01.1999

Der Europäische Rat hat sich im Dezember 1995 in Madrid nicht nur über den Namen einer zukünftigen einheitlichen Währung geeinigt, sondern auch seinen Willen dokumentiert, sowohl am Projekt der Europäischen Währungsunion fest-, als auch die im Vertragswerk von Maastricht vorgegebenen Tauschtabellen auf dem Weg zu diesem Ziel unbedingt einzuhalten.

Demnach soll die dritte Stufe der WWU am 1. Jänner 1999 realisiert werden. Die Wechselkurse zwischen den teilnehmenden Währungen sind unwiderruflich zu fixieren, und die EZB soll an der Spitze des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) die geldpolitische Verantwortung von den nationalen Notenbanken übernehmen. Die gemeinsame Währung, der Euro, soll nach dem derzeit geltenden Fahrplan ab 2002 als alleiniges Zahlungsmittel eingeführt werden.

Die Erhaltung dieses strikten Kurses wird nun beinahe täglich sowohl von Vertretern der EU-Kommission als auch von Spitzenpolitikern der EU-Mitgliedsstaaten beschworen, obwohl angesichts der dramatisch hohen Arbeitslosigkeit (EU-weit sind rd. 18 Millionen Menschen arbeitslos), angesichts des hohen Konsolidierungsbedarfs der Budgets und vor dem Hintergrund einer abgebremsten Konjunktur die Skepsis und Kritik am Fahrplan zur Währungsunion ständig zunehmen.

Der Bevölkerung wird immer bewußter, daß durch die drastischen budgetären Maßnahmen (Stichwort: Belastungspakete) und den strikten Sparkurs der öffentlichen Hand mit dem Ziel, die fiskalischen Konvergenzkriterien innerhalb von zwei Jahren auf Biegen und Brechen zu erfüllen, die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit in Österreich weiter zunehmen wird. Diese Befürchtung wird nicht nur von heimischen Wirtschaftsforschern, sondern auch durch die Prognosen der EU-Kommission bestätigt. Aufgerüttelt durch diese alarmierende Entwicklung am Arbeitsmarkt werden Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zwar vielfach angekündigt, doch mangels finanziellen Spielraums

seitens des Staates, weil erhöhte Budgetdefizite ja "Maastricht-schädlich" sind, ist eine konkrete Umsetzung arbeitsmarkt- und sozialpolitisch notwendiger Initiativen nahezu unmöglich.

Weiters stand und steht die Frage der Stabilität einer zukünftigen europäischen Währung im Mittelpunkt der Debatte um die gemeinsame Währung.

Die Währungspolitik der Oesterreichischen Nationalbank ist seit vielen Jahren mit Erfolg um größtmögliche Stabilität des Schillings bemüht. Gemeinsam mit Deutschland und einigen wenigen anderen Staaten bildet Österreich einen Hartwährungsblock innerhalb der Europäischen Union.

Die überwiegende Zahl der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union hat jedoch bisher keine derartige Währungspolitik verfolgt, sondern wesentlich höhere Inflationsraten toleriert und damit den stetigen Verfall ihrer Währungen begünstigt. Es ist daher zu befürchten, daß diese Tendenzen auch im Rahmen der

gemeinsamen Währung durchschlagen und zu zusätzlichen Belastungen der bisherigen Hartwahrungslander führen könnten.

Entgegen allen offiziellen Erklärungen, wonach die zukunfftige gemeinsame europäische Währung mmdestens so stabil wie der österreichische Schilling sein soll, ist daher eine gemessame Weichwahrung Euro nicht auszuschließen.

Alle diese Bedenken erzeugen ernste Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Einführung des Euro zum vorgesehenen Zeitpunkt. Unabdingbar ist jedenfalls die eindeutige Klärung der Stabilitätsfrage, die auch mit dem Kreis der die gemeinsame Währung einführenden Teilnehmerstaaten zusammenhängt, sowie eine umfassende Information der Bürger über alle Aspekte der gemeinsamen Währung. Darüber hinaus darf der österreichische Schilling nur mit Zustimmung der osterreicherinnen und Österreicher, die im Rahmen einer Volksabstimmung zum Ausdruck gebracht wird, durch eine gemeinsame europäische Währung abgelöst werden.

Da der Termin für die beabsichtigte Einführung der gemeinsamen Währung immer näher rückt, hingegen die Zahl der offenen Fragen und fehlenden Antworten stetig zunehmen, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler nachstehende

A N F R A G E

- 1) Inwieweit erfüllt Österreich im Jahre 1996 aufgrund der vorliegenden Daten die Konvergenzkriterien ?
- 2) Welche Konvergenzkriterien werden nach Ihrer Ansicht von Österreich im Jahre 1997 inwieweit erreicht?
Welche Konvergenzkriterien werden im Jahre 1997 nicht erreicht?
- 3) Wird der österreichische Vertreter im Rat dafür eintreten, die Konvergenzkriterien durch enie politische Entscheidung weiter auszulegen, um mehreren Mitgliedsstaaten (im Moment erreicht nur Luxemburg die Kriterien) die Teilnahme am EURO zu ermöglichen ?
Wenn ja, welche Kriterien können aus Ihrer Sicht um wieviel aufgeweicht werden?
- 4) Welche Kriterien sind aus Ihrer Sicht unbedingt in welcher Höhe einzuhalten?
- 5) Welche Konvergenzkriterien können nach Ihrer Ansicht ohne Beeinträchtigung der Wirtschafts- und Wahrungunion uin wieviel verändert werden?
- 6) Deutschland erfüllt zum jetzigen Zeitpunkt nicht die Konvergenzkriterien. Halten Sie es für realistisch, daß eine gemeinsame Währung ohne Deutschland eingeführt werden kann ?
Wenn ja, wie verhält sich Österreich, wenn Deutschland nicht, aber Österreich Teilnehmerland sein könnte?
- 7) Gibt es seitens der Bundesregierung bzw. seitens ihres Ressorts über Vor- und Nachteile einer einheitlichen Währung für Österreich Berechnungen oder Studien?
Wenn ja, welche und was besagen diese konkret für die verschiedenen Volkswirtschaftssubjekte (Unternehmen unterschiedlicher Größe und Branchen, Arbeitnehmer, Konsumenten)?
Wenn nein, warum nicht und kann Österreich dann ohne Bedenken in die dritte Stufe der WWU eintreten ?
- 8) Treten Sie vor Einführung des Euro in Österreich für eine österreichische Volksabstimmung in dieser Frage ein?

Wenn nein, warum nicht?

9) Treten Sie für die Aufnahme der Beschäftigung als zusätzliches Konvergenzkriterium ein?

Wenn ja, warum und welchen Einfluß hätte dies auf die Erreichung der Konvergenzkriterien ?

Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?